

Vorlage		Vorlage-Nr: FB 61/0251/WP18
Federführende Dienststelle: FB 61 - Fachbereich Stadtentwicklung, -planung und Mobilitätsinfrastruktur		Status: öffentlich
Beteiligte Dienststelle/n:		Datum: 05.10.2021
		Verfasser/in: FB 61/010 // Dez. III
Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 26.08.2021, öffentlicher Teil		
Ziele: Klimarelevanz keine		
Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
04.11.2021	Planungsausschuss	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Der Planungsausschuss genehmigt die Niederschrift der Sitzung vom 26.08.2021, öffentlicher Teil.

Anlage/n:

Niederschrift vom 26.08.2021, öffentlicher Teil

N i e d e r s c h r i f t
öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Planungsausschusses

Sitzungstermin:	Donnerstag, 26.08.2021
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr
Sitzungsende:	20:50 Uhr
Ort, Raum:	Konferenzraum 1, EUROGRESS AACHEN, Monheimsallee 48, 52062 Aachen

Anwesende:

Ratsherr Michael Rau

Bürgermeister Norbert Plum

Ratsherr Christoph Allemand

Ratsherr Harald Baal

Ratsherr Marc Beus

Ratsfrau Gaby Breuer

Ratsherr Dr. Sebastian Breuer

Ratsfrau Julia Brinner

Ratsherr Carsten Schaadt

Herr Alexander Gilson

Herr Johannes Hucke

Herr Tobias Küppers

Herr Jürgen Bartholomy

Herr Jan Frieders

Herr Prof. Joachim Loseck

Vertretung für: Dieter Müller

Vertretung für: Maria Dörter

Vertretung für: Wilhelm Helg

«SINAME»

Ausdruck vom: 26.09.2021

Seite: 1/30

Frau Maike Schlick
Herr Peter Schiefer
Herr Ralf Demmer

Vertretung für: Ernst-Rudolf Kühn

Abwesende:

Herr Martin Claes	entschuldigt
Frau Maria Dörter	entschuldigt
Ratsherr Wilhelm Helg	entschuldigt
Herr Ernst-Rudolf Kühn	entschuldigt
Herr Dieter Müller	entschuldigt

von der Verwaltung:

Frau Burgdorff	Dez. III
Frau Clemens	FB 63
Herr Herrmann	FB 13
Frau Keiser	FB 63
Herr Kemperdick	FB 23
Frau Krücken	FB 61
Herr Lelickens	FB 63
Frau Ohlmann	FB 61
Herr Schavan	E 26
Frau Schmid	FB 61
Herr Schuster	FB 60
Frau Strehle	FB 61

als Schriftführerin:

Frau Vohn	FB 61
-----------	-------

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung der Sitzung**

- 2 **Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 06.05.2021 und 10.06.2021, öffentlicher Teil**

- 3 **Sachstandsbericht zum Schadensereignis Starkregen - Schäden an städtischen Gebäuden, Vorgehensweise, Finanzbedarf, Versicherungssituation**
Vorlage: E 26/0039/WP18

- 4 **Integriertes Klimaschutzkonzept (IKSK), Umsetzungsstand**
Vorlage: FB 36/0079/WP18

- 5 **Fahrradparkhaus am Verwaltungsgebäude Lagerhausstraße**
Vorlage: E 26/0038/WP18

- 6 **Modernisierung Freibad Hangeweier 3. Bauabschnitt**
Neubau Freibadgebäude inkl. des Zugangs- und Kassenbereiches;
Entwurfsplanung mit Kostenberechnung - Baubeschluss
Vorlage: E 26/0037/WP18

- 7 **Integriertes Stadtentwicklungskonzept (ISEK) Haaren - Fortschrittsbericht zur Umsetzung des 2. Konzeptabschnittes bis 2025**
Vorlage: FB 61/0171/WP18

- 8 **Änderung Nr. 21 des Landschaftsplans 1988 der Stadt Aachen**
Hier: Überleitung wegen der geänderten Rechtsgrundlage des LNatSchG –und damit

**verbundene Anpassung zu Ziff. 3.7 Ordnungswidrigkeiten im Rahmen einer vereinfachten Änderung gemäß § 20 Abs. 2 LNatSchG-
Vorlage: FB 61/0179/WP18**

- 9 **Bebauungsplan Nr. 1000 S - Erweiterung Uniklinik -;
hier: Satzungsbeschluss, ergänzendes Verfahren nach § 214 Abs. 4 BauGB
Vorlage: FB 61/0134/WP18**
- 10 **Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 1005 - Kullenhofstraße/ Neubau Psychiatrie -
hier: Auslobung Fassadenwettbewerb
Vorlage: FB 61/0191/WP18**
- 11 **Bebauungsplan Nr. 977 - Kullenhofstraße / Neuenhofer Weg -
hier: Fortsetzung Bebauungsplanverfahren
Vorlage: FB 61/0190/WP18**
- 12 **Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 992 - Roermonder Straße / Rütscher Straße -
hier:
- Bericht über das Ergebnis der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 (1) BauGB
- Bericht über das Ergebnis der Beteiligung der Behörden gemäß § 4 (1) BauGB
- Aufstellungs- und Offenlagebeschluss
Vorlage: FB 61/0192/WP18**
- 13 **Standortentwicklung Schleidener Straße / Ecke Montebourgstraße in Walheim;
hier: Sachstandsbericht | Kooperation mit der RWTH Aachen | Durchführung eines Studierendenwettbewerbs
Vorlage: FB 61/0193/WP18**
- 14 **Verbot von Schottergärten;
hier: Ratsantrag Fraktion Die Linke - Nr. 643/17
Vorlage: FB 61/0105/WP18**

- 15 **Aufstellungsbeschlüsse für Bebauungspläne;**
hier:
- Information über das Ergebnis der Prüfung der Aktualität
- Grundsatzbeschluss zur Aufhebung nicht mehr erforderlicher Aufstellungsbeschlüsse
Vorlage: FB 61/0147/WP18
- 16 **Beschluss über eine Veränderungssperre für das Grundstück Nizzaallee 15, 21**
(Flurstücke 1941 und 1942, Flur 70, Gemarkung Aachen) im Stadtbezirk Aachen-Mitte
Vorlage: FB 61/0197/WP18
- 17 **Satzung zur Aufhebung der Satzung über die förmliche Festlegung des**
Sanierungsgebietes "Eilendorf"
Vorlage: FB 60/0021/WP18
- 18 **Mitteilungen der Verwaltung**

Nichtöffentlicher Teil

- 1 **Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 06.05.2021 und 10.06.2021,**
nichtöffentlicher Teil:
- 2 **Private Bauvorhaben:**
- 3 **Karmelitinnen-Kloster an der Lousbergstraße;**
hier: Sachstand und weiteres Vorgehen
Vorlage: FB 61/0208/WP18
- 4 **Kurstandort Burtscheid**
hier: mündlicher Bericht zum Sachstand

- 4.1 **Kur- und Rehasstandort Burtscheid;**
hier: Sachstand und kooperatives Werkstattverfahren
Vorlage: FB 61/0220/WP18
- 5 **Bebauungsplan - Grünenthaler Straße / Gierstraße - im Stadtbezirk Aachen-Richterich im Bereich zwischen Grünenthaler Straße, dem Amstelbach und dem Zehnthof;**
hier: Programmberatung
Vorlage: FB 61/0198/WP18
- 6 **Bebauungsplan - FH-Campus Eupener Straße - zwischen Eupener Straße, Weißhausstraße, Bahnlinie und Kleingartenanlage;**
hier: Programmberatung
Vorlage: FB 61/0196/WP18
- 7 **Bebauungsplan Nr. 993 - Südstraße / Mariabrunnstraße - im Stadtbezirk Aachen-Mitte im Bereich zwischen Mariabrunnstraße, Boxgraben und Südstraße**
hier:
- Sachstandsbericht
- Beschluss des städtebaulichen Konzepts
- Durchführung eines Wettbewerbs für die Umnutzung des Bunkers an der Südstraße
Vorlage: FB 61/0081/WP18
- 7.1 **Bebauungsplan Nr. 993 - Südstraße / Mariabrunnstraße - im Stadtbezirk Aachen-Mitte im Bereich zwischen Mariabrunnstraße, Boxgraben und Südstraße**
hier:
- ergänzende Informationen zum Sachstandsbericht
- Beschluss des Stellplatzkonzepts
Vorlage: FB 61/0081/WP18-1
- 8 **Aufstellung eines Bebauungsplanes -Haaren Ortsmitte/Stadthäuser-**
hier: Weiteres Vorgehen
Vorlage: FB 61/0189/WP18

9 **Hauptbahnhof Südausgang:**
Vorlage: FB 61/0194/WP18

10 **Mitteilungen der Verwaltung:**

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Herr Rau eröffnet die Sitzung und begrüßt die Ausschussmitglieder sowie die Vertreter*innen von Öffentlichkeit, Presse und Verwaltung. Er stellt durch Nachfrage bei den Fraktionen fest, dass die vereinbarte Vertretungsreihenfolge eingehalten wurde.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird Herr Peter Schiefer als neuer Vertreter des Seniorenrats im Planungsausschuss entsprechend der gesetzlichen Vorgaben verpflichtet.

Änderungswünsche zur Tagesordnung liegen nicht vor.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 06.05.2021 und 10.06.2021, öffentlicher Teil

zu 2.1 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 06.05.2021, öffentlicher Teil

Vorlage: FB 61/0221/WP18

Es ergeht folgender

Beschluss:

Der Planungsausschuss genehmigt die Niederschrift der Sitzung vom 06.05.2021, öffentlicher Teil.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

«SINAME»

Ausdruck vom: 26.09.2021

Seite: 7/30

zu 2.2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 10.06.2021, öffentlicher Teil

Vorlage: FB 61/0223/WP18

Es ergeht folgender

Beschluss:

Der Planungsausschuss genehmigt die Niederschrift der Sitzung vom 10.06.2021, öffentlicher Teil.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 3 Sachstandsbericht zum Schadensereignis Starkregen - Schäden an städtischen Gebäuden, Vorgehensweise, Finanzbedarf, Versicherungssituation

Vorlage: E 26/0039/WP18

Herr Schavan erläutert die Vorlage der Verwaltung und nimmt insbesondere Bezug auf die Situation der Grundschule Abteigarten in Kornelimünster. Auch wenn durch die Presseberichterstattung leider ein anderer und aus seiner Sicht falscher Eindruck entstanden sei, seien die Mitarbeiter*innen aller beteiligten Fachbereiche mit großem Engagement bemüht, schnell gute Lösungen anzubieten, um den Schulbetrieb nach Möglichkeit aufrechtzuerhalten bzw. fortzuführen.

Auf Nachfrage von Herrn Allemand bestätigt er, dass man es bei der KiTa Hahner Straße mit einer überschaubaren Lage zu tun habe. Eine Inbetriebnahme sei kurzfristig möglich.

Herr Plum dankt Herrn Schavan für den Bericht. Man sei überzeugt davon, dass das Gebäudemanagement hier gute Arbeit leiste, möglicherweise könne die Kommunikation der zuständigen Fachbereiche in Richtung der Eltern allerdings noch optimiert werden.

Herr Rau stellt abschließend fest, dass die Dimension der Schäden und die damit verbundenen Herausforderungen nicht nur in Aachen und Umgebung allen bewusst seien. Vor diesem Hintergrund sei es bemerkenswert, dass es so schnell gelungen sei, den Prozess der Schadensbehebung zu starten und hierfür auch Handwerker und Fachleute zu gewinnen. Der Dank für dieses redliche Bemühen gelte allen Beteiligten.

Der Ausschuss fasst den folgenden

Beschluss:

Der Planungsausschuss nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 4 Integriertes Klimaschutzkonzept (IKSK), Umsetzungsstand

Vorlage: FB 36/0079/WP18

Für die Fraktion Die Zukunft dankt Herr Allemand der Verwaltung für die Vorlage und für die geleistete Arbeit bei der Erarbeitung und Umsetzung des Integrierten Klimaschutzkonzeptes (IKSK). Das IKSK biete sicherlich eine gute Basis und die dort definierten Maßnahmen seien wichtig und richtig, seit der ersten Beschlussfassung habe sich die Situation jedoch verschärft. Die Starkregenereignisse und deren Folgen, der inzwischen erschienene IPCC-Klimareport und auch die bisherige Resonanz auf die Vorbereitung zum Klimaentscheid Aachen machten deutlich, dass auch die Stadt Aachen trotz guter Grundlagen noch mehr Anstrengungen in Sachen Klimaschutz unternehmen müsse.

Der Ausschuss fasst den folgenden

Beschluss:

Der Planungsausschuss nimmt den Bericht über den Umsetzungsstand des IKSK und die beabsichtigte Fortschreibung des IKSK zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 5 Fahrradparkhaus am Verwaltungsgebäude Lagerhausstraße

Vorlage: E 26/0038/WP18

Für die Fraktion Die Zukunft spricht sich Herr Allemand für die Umsetzung der Variante 3 aus, da diese die größte Anzahl an Abstellplätzen biete. Insgesamt halte man das Volumen dennoch für zu unambitioniert angesichts des Bedarfs gerade im Bereich des Hauptbahnhofs.

Herr Rau erläutert hierzu, dass diese Planung als Ergänzung zu dem im Rahmen des BlueGate-Projektes entstehende Fahrradparkhaus mit 400 Stellplätzen zu verstehen sei.

Für die Fraktion der Grünen äußert auch Herr Hucke eine Präferenz für die Variante 3. Man bitte die Verwaltung, im weiteren Planungsprozess darauf hinzuwirken, dass die Situation möglichst großzügig gestaltet werde.

Für die Fraktion Die Linke kündigt Herr Beus an, ebenfalls dem Beschlussvorschlag zur Weiterplanung auf Grundlage der Variante 3 zu folgen, da mit dieser Variante die meisten Stellplätze geschaffen werden könnten. Wichtig aus seiner Sicht sei, dass die eingesetzte Technik auch zuverlässig funktioniere und dass Möglichkeiten zum Aufladen von Elektrofahrrädern geschaffen würden.

Für die CDU-Fraktion schließt sich Herr Baal seinen Vorrednern an. Man unterstütze die Variante 3, sei aber auch der Auffassung, dass man gestalterisch an dem Konzept nochmals arbeiten müsse, damit die räumliche Situation nicht zu eng werde.

Für die SPD-Fraktion begrüßt Herr Plum die Vorlage der Verwaltung und auch die Einigkeit zwischen den Fraktionen. Es sei zu hoffen, dass hier nun zügig ein Angebot entstehe, wie es in anderen Städten schon seit geraumer Zeit existiere.

Auf Nachfrage aus dem Ausschuss stellt Frau Strehle klar, dass grundsätzlich eine Zugangskontrolle beabsichtigt sei, die Nutzer*innen müsste also ein Parkticket erwerben. An welche Zielgruppe sich das Angebot richte, sei aber zunächst einmal offen.

Herr Rau weist abschließend auf den Beschluss der Kommission Barrierefreies Bauen hin, die darum gebeten habe, für größere Fahrradparkplätze für Menschen mit Behinderungen mindestens einen Verteilerschlüssel von 2% zu berücksichtigen. Auch diesen Bedarf sollte man in den weiteren Planungen ernst nehmen.

Der Ausschuss fasst den folgenden

Beschluss:

Der Planungsausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis und empfiehlt, die Verwaltung mit der weiteren Planung für eine Bike+Ride-Anlage am Hauptbahnhof Aachen auf Basis der Variante 3 in der Anlage 1 zu beauftragen. Die Bearbeitung soll durch ein externes Büro erfolgen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**zu 6 Modernisierung Freibad Hangeweier 3. Bauabschnitt
Neubau Freibadgebäude inkl. des Zugangs- und Kassenbereiches;
Entwurfsplanung mit Kostenberechnung - Baubeschluss
Vorlage: E 26/0037/WP18**

Herr Schavan erläutert die Vorlage der Verwaltung und berichtet ergänzend, dass inzwischen durch die Bewilligungsbehörde mitgeteilt worden sei, dass im Falle einer Anwendung des Generalunternehmer-Verfahrens keine Förderung erfolgen werde. Vor diesem Hintergrund empfehle die Verwaltung eine Umsetzung der Maßnahme nach Option 2 - Vermeidung von Schließung durch Interimbau für das Umkleidegebäude.

(Die dem Vortrag zugrunde liegende Präsentation steht im Ratsinformationssystem als Anlage zur Niederschrift zur Verfügung).

«SINAME»

Ausdruck vom: 26.09.2021

Seite: 10/30

Für die Fraktion Die Zukunft erklärt Herr Allemand, dass man ein GU-Verfahren aufgrund schlechter Erfahrungen in anderen Projekten ohnehin kritisch sehe. Dem Vorschlag der Verwaltung, auf der Grundlage der Option 2 vorzugehen, könne man sich daher anschließen.

Für die Fraktion der Grünen betont Herr Dr. Breuer die Bedeutung des Hangeweiher als einziges Freibad für Aachen. Man sei überzeugt davon, dass mit der Modernisierung hier wieder ein attraktiver Treffpunkt entstehen werde, der soziale Aktivität auch für diejenigen ermögliche, die den Sommer und die Ferien in Aachen verbringen würden. Man unterstütze daher jede Lösung, die möglichst wenig Schließungen mit sich bringe und werde der von der Verwaltung vorgeschlagenen Variante 2 zustimmen. Dabei bitte man darum, bei der weiteren Ausarbeitung der Planung eine Beckenbeleuchtung zu berücksichtigen, um längere Öffnungszeiten zu ermöglichen.

Für die SPD-Fraktion schließt sich Herr Plum diesen Ausführungen an. Im Lichte der neuen Information zur Förderung sei die Option 2 die beste Lösung. Die entstehenden Mehrkosten müsse man dann in Kauf nehmen, wobei man sicherlich die Einnahmen aus den Eintrittsgeldern gegenrechnen könne.

Für die Fraktion Die Linke begrüßt Herr Beus das Projekt, die Ausgaben für die Modernisierung seien gut investiertes Geld. Der Hangeweiher als einziges Freibad in Aachen erfülle eine wichtige soziale Funktion, auch deshalb sei es richtig, die Saison nach Möglichkeit nicht einzuschränken. Für die weitere Planung bitte man darum, dass Augenmerk nochmals auf die Hausmeisterwohnung zu richten. Die sehr kleinen Kinderzimmer und auch die fehlende natürliche Lüftung im Bad seien Punkte, die noch optimiert werden könnten.

Für die CDU-Fraktion kündigt Herr Baal Zustimmung zur Option 2 sowie zu den bereits vorgebrachten Anregungen an. Ein Problem sei allerdings, dass die entstehenden Mehrkosten im Haushalt noch nicht gedeckt seien. Man schlage daher vor, den Baubeschluss heute zu fassen und die Verwaltung zu beauftragen, in Absprache mit dem Sportamt noch nicht gedeckte Kosten für notwendige Interimslösungen für die betroffenen Jahre durch den Sportausschuss in den Haushaltsplan einbringen zu lassen.

Der Ausschuss fasst den folgenden

Beschluss:

Der Planungsausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

Er fasst den Baubeschluss auf Empfehlung des Sportausschusses (Sitzung am 10.12.2020) und beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung der Baumaßnahme.

Die Verwaltung wird beauftragt, dabei

- die in der Sitzung vorgestellte Variante 2 zugrunde zu legen und Schließungen während der Saisonzeiten möglichst zu vermeiden;
- in Absprache mit dem Sportamt noch nicht gedeckte Kosten für notwendige Interimslösungen für die betroffenen Jahre durch den Sportausschuss in den Haushaltsplan einbringen zu lassen und
- bei der weiteren Ausarbeitung der Planung eine Beckenbeleuchtung zu berücksichtigen, um längere Öffnungszeiten zu ermöglichen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 7 Integriertes Stadtentwicklungskonzept (ISEK) Haaren - Fortschrittsbericht zur Umsetzung des 2. Konzeptabschnittes bis 2025

Vorlage: FB 61/0171/WP18

Frau Strehle erläutert kurz die Vorlage der Verwaltung.

Für die SPD-Fraktion dankt Herr Küppers der Verwaltung für die gute Fortschreibung. In Zusammenarbeit mit der Bezirksvertretung habe man die Projekte identifiziert, die man im Rahmen der bestehenden finanziellen Möglichkeiten noch umsetzen wolle, leider habe man sich dabei auch von vielen guten und ebenfalls wünschenswerten Vorhaben vorläufig verabschieden müssen. Als prioritär sehe man nun insbesondere drei Aufgabenfelder: Der Verfügungsfonds und die Stadtteilaktivitäten müssten proaktiv beworben werden, damit die beabsichtigte positive Wirkung erzielt werden könne. Außerdem sollten die beschlossenen Projekte so zügig wie möglich in die Umsetzung gehen, damit im Bezirk deutlich werde, dass es Fortschritte gebe. Als letzten, aber ausgesprochen wichtigen Punkt bitte man die Verwaltung darum, für die Alt-Haarener-Straße, die aus Bezirkssicht große Priorität habe, im aktuellen Förderrahmen aber nicht mehr untergebracht werden konnte, neue Fördermöglichkeiten zu suchen und dabei auch neue Mobilitätskonzepte mitzudenken.

Der Ausschuss fasst den folgenden

Beschluss:

Der Planungsausschuss nimmt den Fortschrittsbericht zum Integrierten Stadtentwicklungskonzept Haaren zur Kenntnis. Er beauftragt die Verwaltung mit der Einreichung des Fortschrittsberichtes bei der Bezirksregierung Köln. Des Weiteren erhält die Verwaltung den Auftrag, die Anmeldung der priorisierten Projekte zur Städtebauförderung im Rahmen des zweiten ISEK-Konzeptabschnittes vorzubereiten.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

«SINAME»

Ausdruck vom: 26.09.2021

Seite: 12/30

zu 8 Änderung Nr. 21 des Landschaftsplans 1988 der Stadt Aachen

Hier: Überleitung wegen der geänderten Rechtsgrundlage des LNatSchG –und damit verbundene Anpassung zu Ziff. 3.7 Ordnungswidrigkeiten im Rahmen einer vereinfachten Änderung gemäß § 20 Abs. 2 LNatSchG-

Vorlage: FB 61/0179/WP18

Es ergeht folgender

Beschluss:

Der Planungsausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis und empfiehlt dem Rat im vereinfachten Verfahren die Anpassung zu Ziff. 3.7 Ordnungswidrigkeiten des Landschaftsplans der Stadt Aachen 1988 in der vorliegenden Fassung zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 9 Bebauungsplan Nr. 1000 S - Erweiterung Uniklinik -;

hier: Satzungsbeschluss, ergänzendes Verfahren nach § 214 Abs. 4 BauGB

Vorlage: FB 61/0134/WP18

Der Ausschuss fasst den folgenden

Beschluss:

Der Planungsausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

Er empfiehlt dem Rat, nach Abwägung der privaten und öffentlichen Belange, die Stellungnahmen der Öffentlichkeit sowie der Behörden zur öffentlichen Auslegung, die nicht berücksichtigt werden konnten, zurückzuweisen und den Bebauungsplan Nr. 1000 S - Erweiterung Uniklinik - gemäß § 10 Abs. 1 BauGB im Wege eines ergänzenden Verfahrens nach § 214 Abs. 4 BauGB als Satzung zu beschließen und rückwirkend zum 03.08.2018 in Kraft zu setzen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 10 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 1005 - Kullenhofstraße/ Neubau Psychiatrie -

hier: Auslobung Fassadenwettbewerb

Vorlage: FB 61/0191/WP18

Frau Strehle teilt ergänzend zur Vorlage mit, dass statt einer Mehrfachbeauftragung ein Wettbewerb nach RPW durchgeführt werden soll.

Auf Nachfrage von Herrn Allemann sagt Frau Burgdorff zu, die Bauvorständin des UKA, Frau Bekaun, in eine der nächsten Sitzungen einzuladen, damit diese im Planungsausschuss einen Gesamtüberblick über die Planungen und Projekte des UKA geben könne.

Der Ausschuss fasst den folgenden

Beschluss:

Der Planungsausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis und stimmt der Durchführung des Fassadenwettbewerbes zu.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 11 Bebauungsplan Nr. 977 - Kullenhofstraße / Neuenhofer Weg -

hier: Fortsetzung Bebauungsplanverfahren

Vorlage: FB 61/0190/WP18

Herr Rau nimmt Bezug auf die bisherigen Beratungen des Ausschusses und die daraus resultierende Beschlusslage zu diesem Verfahren. Auch wenn der Ausschuss einer Wiederaufnahme nun zustimme, werde man die Qualitätsansprüche weiterhin aufrecht erhalten und auf vertragliche Regelungen bestehen, durch die die geforderte Qualität gesichert werden könne.

Für die Fraktion der Grünen betont Herr Hucke, dass man das Verfahren aus gutem Grund angehalten habe. Es sei daher dringend erforderlich, dass der Ausschuss vor dem Satzungsbeschluss die Gelegenheit erhalte, über die Möglichkeiten der Qualitätssicherung zu diskutieren und hierauf Einfluss zu nehmen.

Der Ausschuss fasst den folgenden

Beschluss:

Der Planungsausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis. Er beauftragt die Verwaltung, das Bebauungsplanverfahren für den verkleinerten Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 977 - Kullenhofstraße / Neuenhofer Weg - weiterzuführen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 12 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 992 - Roermonder Straße / Rütscher Straße -
- Bericht über das Ergebnis der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 (1) BauGB
- Bericht über das Ergebnis der Beteiligung der Behörden gemäß § 4 (1) BauGB
- Aufstellungs- und Offenlagebeschluss

Vorlage: FB 61/0192/WP18

Für die Fraktion Die Zukunft kritisiert Herr Allemand die aus seiner Sicht schematisch ablaufende Öffentlichkeitsbeteiligung, in der Bürger*innen zwar dazu aufgefordert seien, sich einzubringen, ihre Eingaben aber letztlich abgeschmettert würden. Es dränge sich auch in diesem Verfahren der Eindruck auf, dass die Interessen der Investierenden in der Regel Vorrang erhielten. Es sei dringend erforderlich, neue Wege einzuschlagen, um die Interessen der Bürger*innen zu respektieren und stärker in die Prozesse einzupflegen.

Für die Fraktion der Grünen erklärt Herr Hucke, dass man dem Beschlussvorschlag der Verwaltung heute nicht zustimmen werde. Die wenigen verbleibenden Bauflächen seien wertvoll und müssten entsprechend qualitativ genutzt werden, diese Anforderung erfülle der vorgelegte Entwurf nicht. Insgesamt halte man die Dichte für die Situation nicht angemessen, auch die Wohnqualität der Reihenhäuser sei nicht ausreichend. Die städtebauliche Qualität entspreche nicht der wichtigen Lage des Plangebiets. Weder die Achse zum Campus noch die Wegeverbindung zum Lousberg oder der Anschluss an den geplanten Radschnellweg seien ausreichend mitbetrachtet worden, obwohl man mehrfach darum gebeten habe. Man halte eine städtebauliche und architektonische Überarbeitung der Planung, möglichst unter Anwendung der Leitlinien für die Innenentwicklung, für dringend erforderlich.

Für die SPD-Fraktion stimmt Herr Plum dieser Einschätzung zu. Man habe die Planung mehrfach zurückgegeben, dennoch sei keine Verbesserung erreicht worden. Angesichts des dringenden Bedarfs an Wohnungsbau habe man diese Entscheidung nicht leichtfertig getroffen, man sei aber davon überzeugt, dass eine umfassende Überarbeitung der Planung vor einem Offenlagebeschluss unumgänglich sei.

Für die Fraktion Die Linke nimmt Herr Beus Bezug auf die Beratungen des Gestaltungsbeirats, der sich extrem kritisch geäußert habe. Das städtebauliche Konzept wirke nicht ausgegoren, auch der Umgang mit den vorhandenen historischen Gebäuden sei unsensibel. In dieser Form wolle auch seine Fraktion das Projekt nicht durchwinken. Auch wenn man jedes Vorhaben zur Schaffung von Wohnungsbau prinzipiell begrüße, müsse man einen Anspruch an die Qualität formulieren, der hier leider noch nicht erfüllt sei.

Für die CDU-Fraktion kündigt auch Herr Baal an, dem Offenlagebeschluss heute nicht zuzustimmen. Sowohl der Planungsausschuss als auch der Gestaltungsbeirat hätten die Anforderungen an die Planung formuliert, ohne dass dies zu einer Bewegung auf Seiten des Vorhabenträgers geführt habe. Das für eine Offenlage erforderlich Mindestmaß an Qualität sei nicht erreicht, daher bitte man die Verwaltung darauf

hinzuwirken, dass das Projekt unter Berücksichtigung der bereits formulierten Punkte neu aufgesetzt werde.

Für die FDP-Fraktion schließt sich Herr Prof. Loseck seinen Vorrednern an. Insbesondere der Gestaltungsbeirat habe sich stark um eine Verbesserung der Planung bemüht, leider nicht mit dem gewünschten Erfolg.

Frau Burgdorff sagt zu, dass man einen Neustart des Projekts mit dem Vorhabenträger besprechen werde. In Bezug auf die kritischen Anmerkungen zur Öffentlichkeitsbeteiligung betont sie die Bemühungen der Verwaltung, in neuen Projekten Beteiligungsprozesse früher anzusetzen und den Bürger*innen verstärkt Mitwirkungsmöglichkeiten einzuräumen. Diese Ansätze werde man weiterverfolgen und ausbauen, allerdings erfordere dies auch zeitliche und personelle Ressourcen, die noch nicht immer zur Verfügung stünden.

Der Ausschuss fasst den folgenden

Beschluss:

Der Planungsausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

Er bittet die Verwaltung, mit dem Vorhabenträger Gespräche zu führen mit dem Ziel einer umfassenden Überarbeitung des Entwurfs. Dabei sollen die städtebauliche und die architektonische Qualität ebenso wie die Grünachse und der Anschluss an den geplanten Radschnellweg in den Fokus genommen werden.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**zu 13 Standortentwicklung Schleidener Straße / Ecke Montebourgstraße in Walheim;
hier: Sachstandsbericht | Kooperation mit der RWTH Aachen | Durchführung eines
Studierendenwettbewerbs**

Vorlage: FB 61/0193/WP18

Frau Strehle berichtet ergänzend zur Vorlage kurz aus der Beratung der Bezirksvertretung Aachen-Kornelimünster/ Walheim, die angeregt habe, auch die Brache auf der gegenüberliegenden Seite und die verkehrliche Situation insbesondere auf der Schleidener Straße mit zu betrachten. Hierzu werde man Kontakt mit der RWTH Aachen aufnehmen, um diese Anregungen in den Prozess einzuspeisen.

Für die Fraktion der Grünen unterstützt Herr Schaadt die Anregungen aus dem Bezirk. Den Betrachtungsraum größer zu fassen und die Mobilitätsthemen einzubeziehen, halte man für sinnvoll und auch notwendig.

Der Ausschuss fasst den folgenden

Beschluss:

Der Planungsausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 14 Verbot von Schottergärten;

hier: Ratsantrag Fraktion Die Linke - Nr. 643/17

Vorlage: FB 61/0105/WP18

Für die Fraktion Die Linke erläutert Herr Beus den Hintergrund des Ratsantrags und betont die Aktualität der Thematik. Die zunehmende Versiegelung habe erhebliche klimatische Auswirkungen und auch der steigenden Anzahl von Schottergärten komme in diesem Zusammenhang eine Relevanz zu. Ein Verbot sei immer das härteste Mittel, daher wolle man die Verwaltung darin unterstützen, alle zur Verfügung stehenden Möglichkeiten zu nutzen, um Schottergärten, aber auch die Umwandlung von Vorgärten in Stellplätze zu verhindern. In Bebauungsplangebietten sei dies offensichtlich gut zu organisieren, darüber hinaus sehe man auch ein wirksames Mittel darin, über die Folgen der Versiegelung aufzuklären und für die Begrünung von Vorgärten zu werben. Auch Kontrollen seien wichtig, daher müsse ggf. geprüft werden, ob die personelle Ausstattung in den zuständigen Verwaltungsbereichen ausreichend sei.

Für die Fraktion Die Zukunft schließt sich Herr Allemand den Ausführungen von Herrn Beus an. Mit Verboten zu operieren halte man zwar für problematisch, es sei aber unstrittig, dass hier eine Entwicklung in immerhin halböffentlichen Bereichen stattfindet, die korrigiert werden sollte. Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung werde man daher zustimmen.

Für die Fraktion der Grünen kündigt Frau Brinner ebenfalls Zustimmung zum Beschlussvorschlag der Verwaltung an. Man unterstütze das Anliegen inhaltlich als wichtigen Baustein in der Klimafolgenanpassung in vollem Umfang und habe daher bereits 2019 einen ganz ähnlichen Antrag gestellt. Die Regelungen in Bebauungsplänen halte man für wichtig, mindestens ebenso wichtig sei es jedoch, die positiven Aspekte von Begrünung in der Stadt zu betonen und damit freiwillige Aktionen zu fördern. Man setze daher große Hoffnungen in die angekündigte Informationskampagne.

Für die Fraktion der CDU äußert auch Herr Baal Unterstützung für die von der Verwaltung vorgeschlagene Vorgehensweise. Man halte es allerdings auch für wichtig, dass die Umsetzung der Vorgaben aus den Bebauungsplänen auch kontrolliert würden. Diese Problematik werde in der Vorlage zu kurz abgehandelt und gelte im Übrigen nicht nur für Regelungen zur Gestaltung von Vorgärten.

Für die SPD-Fraktion stimmt Herr Plum zu und verweist auf die Beispiele von in Bebauungsplänen festgesetzten Dachbegrünungen, die, wenn sie denn überhaupt entstünden, bereits nach einigen Jahren nicht mehr ausreichend gepflegt würden. Insgesamt sehe aber auch seine Fraktion den dringenden Handlungsbedarf, so dass man dem Beschlussvorschlag der Verwaltung heute zustimmen werde.

Auf Nachfrage von Herrn Demmer erklärt Frau Ohlmann, dass der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz noch nicht beraten habe, dies aber einer heutigen Beschlussfassung im Planungsausschuss nicht entgegenstünde. Zu der in der Diskussion angesprochenen Überprüfung von in Bebauungsplänen festgesetzten Vorgaben müsse man feststellen, dass die aktuelle personelle Ausstattung für umfassende Kontrollen nicht ausreichend sei. Umso mehr setze man beim Thema „Schottergärten“ auf Beratung und Informationskampagnen.

Herr Rau betont abschließend den großen Handlungsdruck. Auch bei nicht zielführender Landesgesetzgebung und mangelhafter personeller Ausstattung der Bauaufsicht müsse man alle Möglichkeiten ausschöpfen, um die drängenden Probleme anzugehen und zu lösen.

Der Ausschuss fasst den folgenden

Beschluss:

Der Planungsausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, durch die Anwendung der Möglichkeiten des Planungsrechts steuernd auf die Begrünung von Vorgärten bei der Aufstellung neuer Bebauungspläne einzuwirken.

Der Ratsantrag Nr. 643/17 gilt damit als behandelt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 15 Aufstellungsbeschlüsse für Bebauungspläne;

- Information über das Ergebnis der Prüfung der Aktualität

- Grundsatzbeschluss zur Aufhebung nicht mehr erforderlicher Aufstellungsbeschlüsse

Vorlage: FB 61/0147/WP18

Der Ausschuss fasst den folgenden

Beschluss:

Der Planungsausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis. Er beauftragt die Verwaltung, die Aufhebung der nicht mehr für die Steuerung der städtebaulichen Entwicklung erforderlichen Aufstellungsbeschlüsse vorzubereiten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

«SINAME»

Ausdruck vom: 26.09.2021

Seite: 18/30

**zu 16 Beschluss über eine Veränderungssperre für das Grundstück Nizzaallee 15, 21
(Flurstücke 1941 und 1942, Flur 70, Gemarkung Aachen) im Stadtbezirk Aachen-Mitte
Vorlage: FB 61/0197/WP18**

Der Ausschuss fasst den folgenden

Beschluss:

Der Planungsausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis und empfiehlt dem Rat, für die Flurstücke 1941 und 1942, Flur 70, Gemarkung Aachen, eine Veränderungssperre gemäß § 14 Abs. 1 und § 16 Abs. 1 BauGB zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**zu 17 Satzung zur Aufhebung der Satzung über die förmliche Festlegung des
Sanierungsgebietes "Eilendorf"
Vorlage: FB 60/0021/WP18**

Der Ausschuss fasst den folgenden

Beschluss:

Der Planungsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Aachen die beigefügte Satzung zu beschließen. Die Anlage ist Bestandteil dieses Beschlusses.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 18 Mitteilungen der Verwaltung

Es liegen folgende Mitteilungen der Verwaltung schriftlich vor:

- Normenkontrollklage Bebauungsplan 974 - Kornelimünster West/ August-Macke-Straße
- Bebauungsplan Nr. 995 - Blondelstraße / Promenadenstraße - (Ergebnis öffentliche Auslegung)
- Klageverfahren wegen versagter Baugenehmigung „LIDL-Erweiterung in der Trierer Straße“
- Tag des offenen Denkmals 2021

Frau Burgdorff weist zudem auf die Veranstaltung „Im Norden geht die Sonne auf“ am 04.09.2021 hin, mit dem in Aachen-Nord 12 Jahre Soziale Stadt gefeiert werde.